

WOLPERT AN STATT MAULAFFEN FEILHALTEN

erschienen am 10. Juli 2012

[FDP](#), [LSA](#), [Meldegesetz](#), [Wolpert](#)

Der Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt, Udo Wolpert, erklärte zum Meldegesetz des Bundestages:

„Ich hätte es begrüßt, wenn das Gesetz, auch einen Einwilligungsvorbehalt für die Bundesbürger vorgesehen hätte. Die Kritik der im Landtag vertretenen Parteien, die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu überbieten!“

Die jetzige Widmung des Meldegesetz des Landes Sachsen-Anhalt nicht vorhanden, können die Daten der Bürger weitergegeben werden, ohne Widerspruchsmöglichkeit gegeben, geschweige denn eine Einwilligung notwendig ist.

Die jetzige Lösung des Bundesgesetzes so

schrecklich. Ich frage Sie, wie sie mit dem Landesgesetz bisher leben konnten und was der Entwurf ist, der das anders regelt. Bis 2014 gilt nämlich noch das alte Gesetz. Die Parteien des Landtages sind befugt, dieses Gesetz zu ändern. Das ist der Fall.

Dass Abgeordnete auch nicht mehr da sein können, sei offensichtlich in Vergessenheit geraten. „Haben Sie das mitgelesen! Das erwarte ich von den Landtagsparteien!“ fordern